

Dr. Marco Genthe (FDP)	217, 221, 223
Helge Limburg (GRÜNE)	219
Stephan Bothe (AfD)	220, 222
Anja Piel (GRÜNE)	222
Christian Calderone (CDU).....	222, 224
Wiebke Osigus (SPD)	224
<i>Ausschussüberweisung</i> (TOP 17 und TOP 18)....	226

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung:

Die uneingeschränkte Gebührenfreistellung bei allen Aufstiegsfortbildungen des dualen Systems einführen! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/30

Jörg Bode (FDP)	226, 227, 230, 232
Christian Grascha (FDP)	227
Rüdiger Kauröff (SPD).....	229
Eva Viehoff (GRÜNE).....	230
Karl-Heinz Bley (CDU)	231, 233
Grant Hendrik Tonne , Kultusminister.....	233
<i>Ausschussüberweisung</i>	235

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

Menschenleben besser schützen, Bahnverkehr stabiler machen - Gleisbettungen und Oberleitungen endlich wirksam vor Sturmschäden schützen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/33

Marcus Bosse (SPD).....	235
Horst Kortlang (FDP)	236
Stefan Wirtz (AfD).....	238
Christian Meyer (GRÜNE).....	239
Laura Rebuschat (CDU).....	239
Olaf Lies , Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz	241
<i>Ausschussüberweisung</i>	243

Tagesordnungspunkt 19:

1. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 18/55 - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/65

Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	244
Axel Brammer (SPD).....	245, 246
Horst Kortlang (FDP)	245
Helmut Dammann-Tamke (CDU).....	246
Martin Bäumer (CDU).....	247
Stephan Bothe (AfD)	247
<i>Beschluss</i>	247

Tagesordnungspunkt 20:

Fragestunde - Drs. 18/50	249
---------------------------------------	-----

Frage 1:

Niedersachsen Windenergieland Nummer eins - Kontinuierlichen Ausbau sichern

Marcus Bosse (SPD)	249
Olaf Lies , Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz	250 bis 265
Dunja Kreiser (SPD)	253
Dirk Adomat (SPD)	253
Thordies Hanisch (SPD).....	254
Volker Sentleben (SPD).....	254
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	255
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE).....	256
Christian Meyer (GRÜNE)	257
Christian Grascha (FDP)	258
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	258, 263
Axel Miesner (CDU)	259
Imke Byl (GRÜNE)	259
Horst Kortlang (FDP).....	260
Hillgriet Eilers (FDP).....	261
Philipp Raulfs (SPD).....	261
Annette Schütze (SPD).....	262
Jörg Bode (FDP)	262, 265
Claudia Schüßler (SPD).....	263
Tobias Heilmann (SPD)	264
Oliver Lottke (SPD).....	265

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne, starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/35

Karsten Becker (SPD).....	266, 269
Sebastian Lechner (CDU).....	269, 273, 274
Belit Onay (GRÜNE)	270, 274
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	272, 274
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	273
Boris Pistorius , Minister für Inneres und Sport	275
<i>Ausschussüberweisung</i>	277

Tagesordnungspunkt 25:

Erste Beratung:

Masterplan Digitalisierung: Niedersachsens digitale Zukunft gestalten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/36

Dr. Alexander Saipa (SPD).....	277
Jörg Bode (FDP)	279, 282, 283
Mareike Lotte Wulf (CDU).....	279
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE).....	281
Ulf Thiele (CDU)	283
<i>Ausschussüberweisung</i>	284

Nächste Sitzung	284
-----------------------	-----

ßen, um eine mögliche Rechtsgrundlage dafür im niedersächsischen Hundegesetz zu schaffen. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Petition.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke, Herr Oetjen. - Zu den Petitionen haben wir auch eine Wortmeldung von Herrn Axel Brammer für die SPD-Fraktion vorliegen.

Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich rede zu den drei Petitionen 3291, 3321 und 3331.

Die Hundesteuer ist eine traditionelle örtliche Steuer. In Niedersachsen liegt es im Ermessen der Kommunen, ob und in welcher Höhe diese Steuer zu erheben ist. Es liegt auch im Ermessen der Kommunen, ob sie diese Steuer in unterschiedlicher Höhe festlegen. Eine solche Steuer ist nun einmal auch eine gewollte Möglichkeit, Entwicklungen vor Ort zu steuern.

Es ist nicht unsere Absicht, in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen einzugreifen. Meine Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie wissen ja, dass so etwas unter Umständen auch Konnexität auslösen könnte. Deshalb bleiben wir bei dem Votum des Ausschusses „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU - Christian Grascha [FDP]: Deshalb?)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Danke, Herr Brammer. - Wir kommen jetzt zu einer Wortmeldung der FDP-Fraktion, und zwar von Herrn Horst Kortlang.

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun haben wir es wieder einmal mit dem Thema Brenntage zu tun. Vor fast drei Jahren gab es hier eine hitzige Debatte, bevor die rot-grüne Regierung mit ihrer Einstimmenmehrheit den Antrag unserer Fraktion „Kleine Kommunen entlasten - Brenntage beibehalten“ ablehnte.

Schon damals wollten Sie nicht verstehen, dass es um Strauchschnitt und Baumschnitt ging, also um holziges und sperriges Material, das eben nicht in die Bioabfalltonne passt. Es ging nie um Grüngut.

Die Petenten haben diesmal besonders darauf hingewiesen, dass die Sperrigkeit das Problem ist. Es geht eben nicht um Balkon- und Terrassenpflanzen, sondern um Strauchwerk, wie ich eben schon sagte.

Brenntage sind wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll und hatten sich auf dem Land in vorzüglicher Weise bewährt.

(Beifall bei der FDP)

- Danke schön.

Es ist wirtschaftlicher und auch besser für die Umwelt, das Strauchgut zu verbrennen, als es umständlich zu sammeln und über lange Wege erst zu den Sammelstellen und anschließend zu den Verbrennungsanlagen zu transportieren.

Mit dem Verbot der Brenntage hat die Landesregierung einen schwerwiegenden Fehler begangen. Dieses Vorgehen zeigt erneut, dass Sie das Leben der Menschen auf dem Land wenig interessiert.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Ja. Das muss man doch einmal so sagen. Sonst hätten Sie ja anders gestimmt. Sie haben aber noch die Möglichkeit dazu. Ich bin ja noch nicht ganz fertig.

In den Großstädten kann es durchaus sinnvoll sein - da stimme ich Ihnen zu -, das Grüngut zu sammeln, statt es zu verbrennen. Wir alle sollten uns aber dafür einsetzen, dass die Wünsche der ländlichen Bevölkerung umgesetzt werden. Also Erhalt der Brenntage! Das ländliche Niedersachsen darf nicht ideologisch als bloßes Wellness- und Erholungsgebiet für Städter vereinnahmt werden. Wir wollen bestmögliche Politik für alle Menschen, auch für die, die auf dem Land leben.

Darum möchten wir bei dieser Petition für „Berücksichtigung“ plädieren.

Ich gehe davon aus, meine Damen und Herren, dass die CDU-Fraktion - ich schaue da insbesondere Herrn Thiele an - uns hier voll und ganz unterstützt, wollte doch auch sie damals die Beibehaltung der Verordnung.

Seinerzeit hat der Kollege Ulf Thiele zu dem damaligen Antrag gesprochen. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 27. März 2014:

„... dass es jetzt *meine* Rolle sein wird, den Antrag der FDP mit Vehemenz zu vertreten, ...“

Da hoffe ich doch auf Sie. Sie sind ja ein Mann, der wirklich Strömungen erzielen kann und auch Menschen hinter sich versammeln kann. Strengen Sie sich an - Sie werden ja dafür gearbeitet haben -, und stimmen Sie mit uns! Dann sind wir zufrieden.

Herzlichen Dank fürs Zuhören und noch einen schönen Tag!

(Beifall bei der FDP und bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Die nächste Wortmeldung ist aus der CDU-Fraktion von Herrn Helmut Dammann-Tamke. - Bitte schreiben Sie das nächste Mal auf den Zettel, zu welcher Petition Sie sich zu Wort melden. Dann könnten wir das im Sinne der Einfachheit ein bisschen zusammenfassen.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Das teile ich gern mit. Ich rede zur Petition 03006. Da geht es um das zentrale Erfassungsregister für Hunde.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns damals auf den Weg gemacht, um die unsägliche Situation anzugehen, dass Opfer von Kampfhundeattacken, welches häufig Kinder sind, mit den Folgen alleingelassen wurden - insbesondere dann, wenn der Halter eines Hundes keine Haftpflichtversicherung hatte.

Vor diesem Hintergrund war das politische Anliegen, ein zentrales Erfassungsregister aufzubauen. Dieses zentrale Erfassungsregister hat bekanntlich nichts mit dem Erheben der kommunalen Hundesteuer zu tun. Deshalb müssen wir diese beiden Systeme strikt trennen.

Bei dem zentralen Erfassungsregister hat man sich dafür entschieden, diese Aufgabe zu privatisieren, was auch nach FDP-Grundauffassung sicherlich kein schlechter Weg ist. Man hat sich nicht nur für die Privatisierung entschieden, sondern auch dafür, ein einfaches Onlineverfahren zu wählen. Entsprechend dem Aufwand für ein personalgebundenes Eingabeverfahren gegenüber dem Onlineverfahren, bei dem der Bürger 24 Stunden rund um die Uhr seine Daten selbst eingeben kann, ist es wohl nachvollziehbar, dass aufgrund der Personalkapazität, die dort vorgehalten wird, um dies abzuarbeiten, die Gebühr höher sein muss.

Insofern hat der Petent, der mit dieser Petition sein Anliegen vorgebracht hat, nicht recht, wenn er sich

dahin gehend ungerecht behandelt fühlt, dass hier unterschiedliche Gebühren erhoben werden.

Wir können auch nicht nachvollziehen, dass der Petent sich altersdiskriminiert fühlt, weil er der Auffassung ist, es sei einem älteren Mitbürger nicht zuzumuten, einen Onlinezugang zu bedienen oder sich Hilfe zu suchen, die das für ihn erledigt.

Daher plädieren wir bei dieser Petition für „Sach- und Rechtslage“.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Dammann-Tamke. - Wir kommen an dieser Stelle noch einmal mit zwei Wortmeldungen wieder zu den Brenntagen zurück. Als Erster spricht Axel Brammer aus der SPD-Fraktion.

Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Herr Kortlang, wir haben uns mit der CDU geeinigt. Wir wollten eigentlich „Sach- und Rechtslage“. Letztendlich haben wir uns auf „Material“ und „Sach- und Rechtslage“ geeinigt. Wir werden es also irgendwann noch einmal besprechen.

Aber noch einmal ganz deutlich: Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz sind 2012 die europäischen Vorgaben der Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht überführt worden. Der Erlass, den wir hier hatten, ist 2014 ausgelaufen. Damit bleibt für öffentliche Brenntage kein Raum mehr. Grundsätzlich haben alle Abfälle, auch Grünabfälle, im Kreislauf der Wiederverwertung zu bleiben. Sie werden eben nicht verbrannt.

Niedersachsen hat in seiner Rechtsetzung alle Möglichkeiten von Ausnahmen ausgeschöpft. Die Unteren Naturschutzbehörden können in Einzelfällen auf Antrag das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen nach wie vor genehmigen, wenn es ordentlich begründet wird. Diese Ausnahmen können wirtschaftlich oder technisch sein, oder sie können vorliegen, wenn Obstbäume Pilzkrankungen haben. Es ist logisch, dass dann verbrannt wird. Das Gleiche gilt auch für Brauchtumsfeuer. Da an dieser Stelle überhaupt kein Raum im Kreislauf mehr ist, bleiben wir bei dem Votum „Material“ und „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Zu derselben Petition hat Herr Martin Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte!

Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kortlang, auch die CDU-Fraktion steht hinter dem Votum „Material“ und „Sach- und Rechtslage“. Seit vielen Jahren gibt es im Bereich der Abfälle eine klare Hierarchie. Danach gehen Vermeidung vor Wiederverwendung, Wiederverwendung vor Recycling, Recycling vor sonstiger Verwertung und sonstige Verwertung vor Beseitigung.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und SPD vor CDU!)

Ich glaube, es ist den Bürgern in der heutigen Zeit nicht klarzumachen, nachdem wir heute Morgen über das Thema Luftreinhaltung gesprochen haben, dass wir es ihnen erlauben sollen, viermal im Jahr Strauchschnitt zu verbrennen. Ich glaube, es gibt in diesem Bereich in vielen Landkreisen sehr viel intelligentere Möglichkeiten. Die natürliche Verwendung von Strauchschnitt, von Laub und Gehölzen ist, dass man dies kompostiert. Dabei werden keine Luftschadstoffe frei, über die sich die Menschen beschweren.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das hat sich aber vor einem halben Jahr noch anders angehört!)

Deswegen, lieber Herr Kollege Stefan Birkner, sind wir ganz klar dafür, darauf zu verzichten. Ich glaube, dass wir das aus gutem Grund tun können und dass das Land Niedersachsen deswegen nicht untergehen wird.

Natürlich kann man sich in diesem Bereich einmal angucken, ob es vielleicht in bestimmten Regionen Härtefälle gibt. Wir haben ja zugesagt, im Rahmen der Materialprüfung zu schauen, ob man darüber diskutieren muss. Ich sage Ihnen ganz klar: Ausnahmen sind möglich. Der Kollege Brammer hat das vorhin erwähnt. Ich glaube, damit ist dem Land auch insgesamt geholfen. Brenntage braucht es nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. - Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung von der AfD-Fraktion, nämlich von Herrn Stephan Bothe zu der Bauleitplanung von Windkraftanlagen.

Stephan Bothe (AfD):

Danke, Frau Präsidentin. - Wie gesagt, ich spreche zu der Petition 03115: Bauleitplanung für Windkraftanlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die gegenwärtige politische Gemengelage verlangt von den Gemeinden im gesamten Bundesgebiet die Beteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien in Form von Windkraftanlagen.

In der Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 28. April 2017 wird mitgeteilt, dass es landesseitig keine generellen Mindestabstandsvorgaben für Windenergieanlagen zu Siedlungen gibt, sondern dass der Schutz des Wohnumfeldes bundesrechtlich normiert ist und die Abstände von Windenergieanlagen zur Wohnnutzung nicht nach einem generellen Mindestmaß bestimmt werden, sondern im Einzelfall. Genau solch ein Einzelfall liegt hier vor; denn der Petent bezieht sich ausdrücklich auf die Gefahr der negativen Auswirkungen auf den Tourismus durch die Windenergieanlagen in der Region Uslar. Eine Forderung nach einem generellen Mindestabstand lässt sich aus der Petition aber nicht ableiten.

Dass in Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen eine separate Beurteilung des entstehenden Infraschalls nicht erfolgt, ist überdies zu bemängeln. Es gibt nämlich sehr wohl belastbare Anhaltspunkte für Gesundheitsgefahren durch Infraschall oder Schattenwurf, die beispielsweise in Dänemark bereits zu einer dramatischen Verlangsamung des Ausbautempos von Windkraftanlagen geführt haben.

Deshalb gilt es für die Landesregierung zu prüfen, inwieweit hier doch landesseitige Regelungen für die Einzelfälle notwendig sind, vor allem weil jeweils spezifische Besonderheiten, wie etwa negative Auswirkungen auf den Tourismus, durch die bundesrechtliche Normierung nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Daher bitten wir um „Berücksichtigung“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Meta Janssen-Kucz:

Vielen Dank. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den Eingaben vor.

Wir stimmen nun zu den Eingaben ab, zu denen Änderungsanträge vorliegen. Ich rufe sie im Ein-